

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41

Erscheint Werktags

Bezugspreis monatlich 30 Pfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2.15 Mk., in Württemberg 2.21 Mk. vierteljährlich, hierzu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr 13

Donnerstag, den 16. Januar 1919

36 Jahrgang.

Die neuen Waffenstillstandsbedingungen.

Am Montag trat im Ministerium des Innern zu Paris der oberste Kriegsrat der Verbündeten zusammen, um die Bedingungen festzusetzen, unter denen der deutschen Bitte um Verlängerung des am 17. Januar abgelaufenen Waffenstillstands entsprochen werden sollte. Den Verhandlungen wohnten an die Ministerpräsidenten und Minister des Neuen Reichs, Marschall Koch und Chinba und Mansuri als Vertreter Japans. Marschall Koch wurde beauftragt, den Bevollmächtigten der deutschen Waffenstillstandskommission am 16. Januar in Trier folgende Bedingungen vorzulegen:

Die verbündeten Mächte erklären sich bereit, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien und Deutschland, soweit letzteres wirklich von Hungersnot bedroht ist, mit Lebensmitteln zu versorgen. Voraussetzungen sind die Beseitigung des ehemaligen Hohenzollernreichs, daß Deutschland seine gesamte Handelsflotte einschließlich der in neutralen Häfen befindlichen und wofür sie gefahret werden. Deutschland hat alle Metalle, Maschinen, Werkzeuge usw., die von seinen Truppen während des Kriegs aus den Fabriken des besetzten Gebiets weggenommen worden sind, zurückzugeben oder zu ersetzen. Ein großer Teil davon lagert — nach Mitteilung der deutschen Beauftragten in Spaas — in Bremen; von Zink und anderen Metallen liegen bedeutende Vorräte in Schlefien. Es war zuerst angeregt worden, von Deutschland eine entsprechende Geldentschädigung zum Wiederaufbau und zur Neuerrichtung der Fabriken zu verlangen. Da jedoch die Zeit drängt und in Nordfrankreich 500 000 Arbeitslose sind, erließen es der Konferenz zweckmäßig, zuerst die Rückerstattung des Materials zu fordern. Ferner wird die Ueberführung des Goldbestands der Reichsbank, der Wechsel und Noten von Berlin nach Frankfurt a. M., das unmittelbar an das von Franzosen besetzte Gebiet anstößt, verlangt. Dies wird damit begründet, daß die bolschewistischen Wühlereien Berlin als nicht mehr sicher genug erscheinen lassen. Endlich wurde gefordert, daß unverzüglich das Landbootsmaterial restlos ausgeliefert werde. Marschall Koch reiste abends 5 Uhr nach Trier ab.

Im zweiten Teil der Sitzung verhandelten die Vertreter der Großmächte über das Programm der Friedens-

konferenz, deren erste Sitzung am 18. Januar nachmittags 2.30 Uhr im Ministerium des Neuen Reichs in Paris stattfinden wird. Frankreich, England, die Vereinigten Staaten, Italien und Japan werden je fünf Bevollmächtigte entsenden, je zwei Beauftragte haben Belgien, Serbien, Griechenland, Polen, Tschechoslowakei, Rumänien und China. Portugal und diejenigen Staaten, die die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen haben, erhalten einen Sitz. Brasilien wird das Recht für eine „besondere Behandlung“ eingeräumt. Die englischen Kolonien mit Selbstverwaltung (Dominions), Kanada, Australien, Südafrika und Indien werden je zwei, Neuseeland und Neufundland je einen Bevollmächtigten entsenden. Wahrscheinlich dürfen auch die Slowenen und Kroaten einen Vertreter stellen. Jeder Staat hat das Recht auf eine Stimme. Präsident Wilson legte seinen Standpunkt dar, dem die Mächte wahrscheinlich beitreten werden.

Zwischen England und den Vereinigten Staaten soll nach dem „Secolo“ hinsichtlich des Völkerbunds eine grundsätzliche Einigung erzielt sein; in der Frage der Freiheit der Meere hat Wilson der englischen Auslegung mit einigen wenigen Vorbehalten zugestimmt.

Die Erfassung des Kriegsgewinns.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht zwei Gesetzentwürfe an die Nationalversammlung betr. die steuerliche Heranziehung der Kriegsgewinne zur Deckung des Reichsbedarfs. Der erste Entwurf betrifft die

außerordentliche Kriegsabgabe

für das Jahr 1919. Die das Vermögen betreffenden Bestimmungen sollen nur für den Fall, daß die große einmalige Vermögensabgabe nicht genehmigt wird, in Betracht kommen. Das Gesetz zerfällt in zwei Hauptteile: 1. Abgabepflicht der Einzelpersonen und 2. Abgabepflicht der Gesellschaften.

Einzelpersonen zahlen eine Abgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen. Beträge des Mehreinkommens bis 3000 Mk. bleiben steuerfrei. War das veranlagte Einkommen vor dem Kriege niedriger als 10 000 Mk., so gilt als Freieinkommen der Betrag von 10 000 Mk. Die Abgabe vom Mehreinkommen be-

trägt bei den ersten 10 000 Mark des abgabepflichtigen Mehreinkommens 5 %, für die nächsten angefangenen oder vollen 10 000 Mk. 10 %, für die nächsten angefangenen oder vollen 30 000 Mk. 20 %, für die nächsten angefangenen oder vollen 50 000 Mk. 30 %, für die nächsten angefangenen oder vollen 100 000 Mk. 40 %, für die weiteren Beträge 50 %. Abgaben vom Vermögen werden nur erhoben bei Vermögensbeträgen von mehr als 100 000 Mk. Sie betragen für die ersten 100 000 Mk. 1 vom Tausend, für die nächsten angefangenen oder vollen 300 000 Mk. 2 vom Tausend, für die nächsten angefangenen oder vollen 500 000 Mk. 3 vom Tausend, für die nächste oder volle 1 Million Mk. 4 vom Tausend, für die weiteren Beträge 5 vom Tausend. Maßgebend für die Vermögen ist im allgemeinen der Vermögensstand vom 31. Dezember 1918.

Der Stand der Besteuerung der **Gesellschaften** ist der Mehrgewinn aus dem jüngst abgelaufenen Geschäftsjahre. Während nach dem Gesetz einer außerordentlichen Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 die Höchstabgabe der Gesellschaften vom Mehrgewinn 60 % betrug, ist im Entwurf für 1919 dieselbe mit 80 % vorgesehen und zwar wird die Staffelung der Abgabe bei dem Mehrgewinn abwärtschreitend sein. Alle Mehrgewinne über 1 Million Mark zahlen 80 % Kriegssteuer. Für geringere Gewinne sind Verminderungen von 10 bis 50 % vorgesehen. Ein Uebermaß der Besteuerung wird dadurch verhindert, daß die Mehrgewinnsteuer des Reichs einschließlich der Staats- und Gemeindesteuern, soweit letztere von dem Mehrgewinn bildenden Teil des Einkommens erhoben wird, gegebenenfalls nicht über 90 % hinausgehen soll.

Der 2. Gesetzentwurf betrifft eine

Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs,

der zwischen 31. Dez. 1913 und 31. Dez. 1918 eingetreten ist. Die Einzelpersonen haben schon auf Grund des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juli 1916 und auf Grund des Gesetzes über die Erhebung eines Zuschlages zur Kriegssteuer vom 9. April 1917 eine Abgabe von dem in der Zeit vom 31. Dezember 1913 bis 31. Dezember 1916 erzielten Vermögenszuwachs gezahlt. Nunmehr wird noch einmal, und zwar jetzt der ganze Zeitraum vom 31. Dezember 1916 bis 31. Dezember 1918 erfasst; doch wird die erhobene bzw. vorgegebene Steuer von dem neuen zahlungspflichtigen Betrag in Abzug gebracht.

Ein Deutscher

Von Otto Kappeler.

„Als Du in Newyork nicht wußtest, wohin allein in der großen Stadt.“ begann Reichardt lächelnd, ihr in das große Auge blickend, „da führten wir das Geschwister-Verhältnis zwischen uns ein, Mathilde. Wir hätten doch trotz der obwaltenden Verhältnisse, wohl nicht getan, wenn unsere Seelen nicht etwas Verwandtes gehabt hätten, das uns zu einander zog. Das Geschwister-Verhältnis erwies sich nicht ganz richtig.“ fuhr er mit einem neuen Lächeln fort, vor dem sich ihre Wangen leicht färbten, „und heute, wo Du Dich fragst, wohin allein in der weiten Welt, sitzen wir wieder beratend bei einander. Warum ergreifen wir nicht ein Mittel, das so nahe liegt, Mathilde? Wies das wandernde Leben von Dir, gib mir die Hand, und wir gehen morgen früh zum Friedensrichter, um uns durch keine Lage dieses Lebens wieder von einander trennen zu lassen!“

Es war ein Ton der vollsten Innigkeit, mit dem die letzten Worte gesprochen waren, und des jungen Mannes Auge glänzte wie in der vollsten Gewährung seines Herzens. In Mathildens Gesicht war eine glühende Note eingetreten; aber sie schlug den Blick nieder, ihre Hand umfaßte warm die seinige, und plötzlich brachen die Tränen aus ihren Augen.

„Mathilde, warum denn weinen?“ rief Reichardt, „überkomme ihn selbst eine rührende Nahrung; das Mädchen aber erhob sich rasch und neigte sich über ihn, zwei, drei rasche, heiße Küsse brachten auf seinen Lippen, dann, in ausbrechendem Schluchzen, wandte sie sich nach dem andern Ende des Zimmers.“

Reichardt war aufgesprungen. „Gott, was ist es denn, Mathilde? Habe ich denn mehr gesagt, als nur völlig natürlich ist?“ rief er; sie aber wandte ihm das

Gesicht langsam wieder zu. „Nur, es ist schon vorüber.“ sagte sie, während in ihren Zügen ein Lächeln mit ihrer Erregung zu kämpfen schien. „Ich danke Dir, Mag.“ fuhr sie herantretend und ihre Hand ihm entgegenstreckend, „ich danke Dir aus der Tiefe meines Herzens, denn Du hast mich so glücklich gemacht, wie Du es selbst nicht weißt — aber, Mag, es kann ja nun und nimmermehr sein, was Du aussprachst!“

„Sprich jetzt nicht und laß mich ausreden.“ fuhr das Mädchen, fast krampfhaft die ersahne Hand drückend, fort, als Reichardt eine Bewegung zur Entgegnung machte, „ich weiß ja alles, was Du sagen könntest; ich aber sage Dir, Mag, daß die Regierung, die Dich jetzt zu Deinem Vorschlage getrieben, doch weiter nichts ist, als das Mitleid mit meiner augenblicklichen Lage, daß es unser beider Unglück herbeiführen hieße, wollte ich leichsinnig dem Drange des Augenblicks folgen. Laß mich ausreden.“ wiederholte sie leidenschaftlich, als er einen neuen Versuch, sie zu unterbrechen, machte, „ich weiß, daß Du mit voller Herzlichkeit an mir hängst, daß Du im Augenblicke dein eigenes Glück in dem meinen finden würdest; aber ich bin ein egoistisches Geschöpf, Mag, und verlange mehr; wo ich mich in Liebe hingeebe, will ich wieder geliebt sein mit derselben Glut, deren ich selbst fähig bin, oder ich möchte mich innerlich verzehren — und wenn mir die volle Befriedigung meines Herzens nicht werden kann, will ich wenigstens nicht mehr zu geben haben, als ich zurückempfangen. Ich bin zweiundzwanzig Jahre alt, Mag, Du erst dreißig und kennst Dich selbst noch nicht. Aber der rechte Augenblick wird auch für Dich noch kommen, und ich würde sterben müssen, wenn ich ein neues Leben“

„Dir entziehen sähe, das nicht durch mich gewendet werden wäre; Du aber würdest dann, so lange ich noch lebe, die Lust zu erwünschen, die an Dir hinge, selbst wenn Dir Dein gutes Herz das laute Geständnis versagte. Ich wußte es schon in Newyork, daß wir einander nicht gehören dürften, und es war mir schmerzhaft, mich zum Frieden mit

mir selber durchzuarbeiten — laß ihn mir, Mag.“ schloß sie mit einem Blicke eigentümlich schmerzlicher Bitte, als sei sie trotz aller Worte ihrer selbst noch nicht sicher, „wenn mich nicht in neue Kämpfe, die nimmermehr zu unserem Heil führen würden.“

„Aber gibt es denn ein dauerndes Glück in der leidenschaftlichen Erregung, wie Du sie andeutest?“ fragte Reichardt, sichtlich durch die Worte des Mädchens herabgestimmt. „Ich weiß, daß meine Empfindungen nicht über eine gewisse Höhe steigen, dafür aber kann ich ihrer Dauer sicher sein und mich ruhig dem Wege überlassen, den sie mich leiten. Ich weiß, daß ich meine volle Befriedigung von Deiner Seite finden würde, Mathilde — Dir genügt es aber nicht; und doch suchst Du vielleicht das Glück da, wo es am wenigsten zu Hause ist.“

„Ich suche das Glück nicht und erwarte es nicht — ich bin nicht dafür geboren — ich will aber auch unser beider Unglück nicht durch eine kurze Seligkeit erkaufen!“ erwiderte sie mit ihrem früheren, aus tiefer Innigkeit und Trauer gemischten Tone; „Du wirst noch eine andere Gefühlswärme als Deine jetzige kennen lernen; Mag; ich aber verlange nichts für mich, als einen Hall, der mir eine unabweisende Stellung gibt, einen Begleiter, der dieselbe Achtung verdient, die ich für mich fordere, und von meinem inneren Leben nicht mehr beansprucht, als sich ihm freiwillig bietet. — Und nun, Mag.“ fuhr sie, wie sich innerlich zusammenfassend und ein Lächeln ersuchend, fort, „laß uns ruhig denselben Standpunkt wieder einnehmen, auf dem wir unser Gespräch begannen; ich wollte Deine Meinung hören — Du hast Dich von Deinem guten Herzen fortziehen lassen, und ich war nicht genug zu folgen; das ist vorüber, und jetzt möchte ich wissen, was Du sagen würdest — wenn ich — nun ja, warum soll ich es nicht aussprechen — wenn ich in unsern Dilemma beiräte?“



Für die Berechnung des Vermögensstands vom 31. Dezember 1913 ist das für die Errechnung des Beitrags festgestellte Vermögen maßgebend. Die Berechnung des Vermögensstands vom 31. Dezember 1918 geschieht nach Maßgabe des Besitzneuergesetzes. Jeder durch Erbschaft, durch Vermächtnis, durch Unfall des Stammgutes oder Fideikommiss erworbenes Vermögenszuwachs soll grundsätzlich steuerfrei bleiben, also vom Vermögensstand vom 31. Dezember 1918 in Abzug gebracht werden. Weiter sind abzuführen: Kapitalauszahlungen in dem Veranlagungszeitraum, die aus einer Versicherung erfolgt sind. Auch wer im Veranlagungszeitraum eine Schenkung von mehr als 1000 M. bekommen hat, kann diesen Betrag vom Vermögensstand vom 31. Dezember 1918 abziehen, wenn die Steuerabgabe von dem Vermögen des Betreffenden, der die Schenkung vorgenommen hat, entrichtet worden ist; abzugsfähig ist auch der Betrag einer Kapitalabfindung als Entschädigung für die durch körperliche Verletzung herbeigeführte völlige oder teilweise Erwerbsunfähigkeit. Es erweist sich, zumal da auf eine verhärtete Ausnahmestrichung der Notare und Gerichte hingewirkt wird, als zwecklos, wenn zum Beispiel Eltern, um dadurch zu niedrigeren Steuerhöhen zu kommen, an ihre Kinder verschenken. In dem Vermögensstand vom 31. Dezember 1918 sind ferner u. a. hinzuzurechnen Beträge, die im Veranlagungszeitraum in ausländischen Grund- oder Betriebsvermögen angelegt worden sind. Der Besondere will damit verhindern, daß in der Zeit vom 31. Dez. 1913 bis 31. Dez. 1918 abgewandertes Vermögen der Steuerpflicht entzogen wird. Der Betrag, der zum Erwerb von Gegenständen aus edlen Metallen, Edelsteinen, sofern es sich um Kunst-, Schmuck- oder Luxusgegenstände handelt, auch von Sammlungen aller Art angewendet worden ist, und sich so der Steuerpflicht entzieht, ist ebenfalls zum Vermögensstand hinzuzurechnen. Ausgenommen sind Kunstwerke lebender oder seit dem 1. Jan. 09 verstorbenen deutscher sowie im Deutschen Reich wohnender Künstler. Ferner sind hinzuzurechnen Beträge, die im Veranlagungszeitraum zu Anschaffungen jeder Art verwendet worden sind, soweit sie die Summe von 5000 M. übersteigen. Die Höhe der Kriegsabgabe, die nur von dem den Betrag von 3000 M. übersteigenden Vermögenszuwachs erhoben wird, beträgt: Für die ersten angefangenen oder vollen 10000 M. des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses 10 Prozent, für die nächsten 10000 M. 15 Prozent, für die nächsten 10000 M. 20 Prozent, für die nächsten angefangenen oder vollen 20000 M. 30 Prozent, für die nächsten 50000 M. 40 Prozent, für die nächsten 100000 M. 50 Prozent, für die nächsten 200000 M. 60 Prozent, für die nächsten 300000 M. 80 Prozent und für die weiteren Beträge 100 Prozent des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses. Es sollen also nach diesem Abgabesatz jeder über 500000 M. hinausgehende abgabepflichtige Vermögenszuwachs voll weggefallen werden und es kann somit niemand nach Erfüllung der Abgabepflicht von dem abgabepflichtigen Vermögenszuwachs mehr als 199500 M. zurück behalten. Da nur ein Vermögenszuwachs von höchstens 199500 M. gestattet ist, dabei aber noch der Wert von Anschaffungen angerechnet wird, soweit sie noch im Besitz des Steuerzahlers sind, so wird das für Kriegsgeldwinder, die vor dem Kriege vermögenslos waren, unter Umständen fast gänzlichen Vermögensverlust bedeuten können, da die vielfach angekauften Wägen und Kunstgegenstände natürlich fast unverkäuflich werden.

Immer noch die Spartakisten.

Berlin, 15. Jan. In der vergangenen Nacht wurde im Zeitungsviertel wieder lebhaft geschossen; man hat die Kessel, wo die Reste der Spartakisten sich verdrückt halten, noch nicht aufgefunden. Im übrigen geht die Entwaffnung weiter. Die Volksmarinedivision darf die Waffen behalten, räumt aber das Kasernengebäude. Bis zum Abend waren nur rund 1500 Gewehre, eine Anzahl Pistolen und einige Maschinengewehre ausgeliebert. Mehrere Maschinengewehre wurden beschlagnahmt. Trotz der Aufreizung der Radikalen haben die Arbeiter und Angehörten der Eisenbahn die Arbeit wieder aufgenommen. Der Ausstand bei der Hochbahn ist noch nicht beigelegt.
Berlin, 15. Jan. Der Zentralrat der Deutschen Republik hat an die A. und S. Räte der Städte Duisburg, Mülheim a. R., Oberhausen und Hamborn (Rheinland) telegraphisch das dringende Ersuchen gerichtet, auf Grund des Verhältniswahlsystems sofort neue Wahlen vorzunehmen. In den genannten Städten haben sich, hervorgerufen durch ungerechte und ungeordnete Wahlen, unhaltbare Zustände entwickelt, die nur geändert werden können, wenn durch die Verhältniswahl jede Partei die ihrer Stärke entsprechenden Siege in den A. und S. Räten erhält.
Der Führer der Spartakisten, Rechtsanwalt Paul Levi aus Frankfurt a. M., ist verhaftet worden. Levi ist in der aufreizenden Tätigkeit neben Moja Luxemburg und Liebknecht in letzter Zeit besonders hervorgetreten. — Die Berliner Schutzmannschaft ist mit Karabinern bewaffnet.
Dortmund, 15. Jan. Gestern früh trafen in Buers Regierungstruppen ein, um die Spartakisten aus dem Rathaus zu vertreiben. Es entstand ein Gefecht mit Gewehr- und Maschinengewehrfire. Schließlich ergaben sich die Spartakisten. Als die Truppen sich darauf zurückgezogen hatten, besetzten die Spartakisten das Rathaus aufs neue und führten die Frau und zwei Kinder des Oberbürgermeisters fort, ließen sie aber wieder frei um dafür den Oberbürgermeister festzuhalten. Doch ist auch dieser mittlerweile wieder freigelassen worden. Insgesamt haben die Kämpfe fünf Menschenleben gekostet. Die Zahl der Verwundeten steht noch nicht fest.
Hamburg, 15. Jan. In Cuxhaven, das zum Staatsgebiet von Danzburq gehört, ist von den Radikalen die

„sozialistische Republik Cuxhaven“ ausgerufen worden. Der Hamburger Senat legte dagegen Verwahrung ein; die Auszahlung der Gehälter, Löhne und Unterstützung von Hamburg aus werde in Frage gestellt. Die Postbeamten waren gezwungen worden, sich unterwürdiglich in den Dienst der neuen Republik zu stellen. Die Beamten haben nun dem Arbeiter- und Soldatenrat die Erklärung übergeben, daß sie den Dienst einstellen werden, wenn der Rat sich nicht jedes Eingriffs in die Post- und Telegraphenverwaltung enthalte. Der A. und S. Rat hat darauf auf seine Forderung verzichtet.
Vom deutsch-polnischen Krieg.
Posen, 14. Jan. Polnischer Bericht über die militärische Lage vom 14. Abschnitt Hohenalza: Die Lage ist unverändert. Abschnitt Znim: Myharzewo ist von polnischen Abteilungen genommen. Abschnitt Kolmar: Die Deutschen haben Samotichin eingenommen. Abschnitt Gzarnikow: Die Deutschen haben den Waffenstillstand gebrochen. Abschnitt West: Deutsche Artillerie hat Kamionka beschossen, und ebenso Alt-Jatun. Abschnitt Süd: Zwischen Kamionka und Gzarnikow Gefechte. — Im Südwesten von Schildberg wurde der Gegner aus Kobylagora, das er vorübergehend besetzt hatte, verdrängt. — An der schlesischen Grenze sammeln sich deutsche Kräfte.
Berlin, 15. Jan. Die Stadt Bromberg ist von den Polen besetzt. In der Bromberger Garnison machten sich bedenkliche Strömungen geltend, sonst wäre die Auslieferung der Stadt nicht denkbar gewesen.
Libau, 14. Jan. Mitau ist gestern von den deutschen Truppen und der baltischen Landeswehr vor den anrückenden Bolschewisten geräumt worden.

Neues vom Tage.

50 Milliarden.

In der Konferenz süddeutscher Eisenbahndirektoren in Ulm a. D. teilte Staatssekretär Erzberger nach dem „N. F.“ mit, Marischall Foch erachte zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich eine Entschädigung von 50, in Belgien eine solche von 20 Milliarden Mark für angemessen. Als Sicherheit werden die Verbündeten die deutschen Eisenbahnen und Forsten in Pfand nehmen.
München, 15. Jan. Die Sozialdemokraten und die Unabhängigen haben ihre Listen für die Wahlen der deutschen Nationalversammlung verbündet, ebenso die Nationalliberalen und die (rechtsstehende) Bayerische Mittelpartei die ihrigen mit denen der Bayerischen Volkspartei (Zentr.).
Broddorff-Ranzau über den Völkerbund.
Berlin, 14. Jan. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf v. Broddorff-Ranzau, empfing heute Mittag Vertreter der Presse und erklärte u. a.: In einer einzigen großen Völkerversammlung ist kein Platz für eine Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Dieser Grundsatz muß in dem gleichen Maß jedem Volk zugute kommen. Uns liegt an dem endgültigen Sieg der Demokratie in der Welt. Das dringendste Erfordernis bedeutet: die sittliche Ueberzeugung. Das deutsche Volk muß wieder zu einer inneren Einheit werden, wenn die Worte seiner Führer in der ganzen Welt Klang haben sollen. Wir wollen eine Politik der Versöhnung mit dem Ausland. Wir wollen ein einiges Volk in den Völkerbund führen, das den Frieden in der Welt will und das entschlossen ist, für jeden Fortschritt der Menschheit aufrecht und bewußt in die Schranken zu treten.
Der Auslandsdienst.
Berlin, 15. Jan. Auf Veranlassung des Staatssekretärs des Auswärtigen Grafen Broddorff-Ranzau ist der bisherige Handelsattache der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen, Legationsrat Doppfer, zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt worden.
Die bayerischen Wahlen.
München, 15. Jan. Das vorläufige Ergebnis der Landtagswahlen vom 12. Januar liegt nun aus allen 191 rechtsrheinischen Wahlbezirken (die Rheinpfalz kam dem französischen Befehl zufolge erst am 2. Februar abstimmen) mit Ausnahme von 4 von den 417 Münchener Stimmbezirken bevor. Die Zusammenstellung ist deshalb so spät erst möglich gewesen, weil das bayerische Verhältniswahlsystem in einer eigenartigen Verbindung von Partei- und Personenwahl besteht. Das Land ist nämlich in ein- und zweistimmige Wahlkreise eingeteilt und der Wähler gibt je nach der Zugehörigkeit zu einem der beiden Kreisarten einen Stimmzettel mit einem oder mit zwei Namen ab. Die Stimmen werden für das ganze Land gezählt und die Siege an die Parteien nach dem Verhältnis verteilt. Die Feststellung des Ergebnisses verursacht viele Mühe und ist zeitraubend. Nach den amtlichen Erhebungen entspringen nun auf die Bayerische Volkspartei (Zentrum) 1072949, Sozialdemokraten 935560, Deutsche Volkspartei in Bayern (Nationalliberale und Demokraten) 412074, Bayer. Bauernbund 322023, rechtsstehende Nationalliberale und Bayer. Mittelpartei 109563, Unabh. Soz. 77243 Stimmen. Demnach würden Siege erhalten: Bayer. Volkspartei 62 und 6 Landesabgeordnete = 58, Soz. Partei 46 und 5 = 51, D. Volkspartei 20 und 2 = 22, Bayer. Bauernbund 15 und 2 = 17, Nat. und Mittelv. 5 und 5 = 10, Unabh. Soz. 3 und 0 = 3. Das Zentrum, Bauernbund und Rechtsstehenden verfügen demnach bis jetzt zusammen über 85, die sozialdemokratischen Parteien und die demokratische Volkspartei über 76 Siege. Dazu werden nun aber noch die 22 und 2 = 24 Siege der Rheinpfalz kommen. — Die Wahlen haben die seitherige absolute Mehrheit des Zentrums in der Kammer aufgehoben, das Zentrum ist aber immer noch die stärkste Partei im rechtsrheinischen Bayern. Die Partei des Ministerpräsidenten Eisner hat es auf nicht mehr als drei Mandate gebracht.

Schweizer in der französischen Armee.
Basel, 14. Jan. Wie die „Basler Nachrichten“ melden, bilden die schweizerischen Fremdenlegionäre in der französischen Armee einen Bestandteil der Besatzungstruppen von Ludwigshafen. Die Stärke des schweizerischen Kontingents ist infolge der ungeheuren Kriegsverluste von 4000–5000 Mann auf rund 200 Mann zusammengedrumpft. Alle Kantone sind dabei vertreten.
Ausweisung der Deutschen.
Brüssel, 14. Jan. Der Ministerrat hat beschlossen, alle Deutschen, die noch in Belgien wohnen, auszuweisen.
Berlin, 14. Jan. Der deutsche Botschafter Prinz Karibor hat gestern Abend Madrid verlassen.
Berlin, 15. Jan. Wie das Amtsblatt des Reichsvollkomtes bekannt gibt, müssen sowohl am Tag der Wahl selbst, als auch am Tage der Ermittlung des endgültigen Wahlergebnisses alle beteiligten Postanstalten so lange im Dienst bleiben, bis der zu erwartende Verkehr erledigt ist. Dies gilt auch für die auf den Wahltag und auf den Ermittlungstag folgenden Tage, solange noch stärkerer Verkehr aus Anlaß der Wahl herrscht oder zu erwarten ist.
Die Tschechen an der bayerischen Grenze.
Eger, 15. Jan. Die Tschechen haben die bayerische Grenze unmittelbar vor dem bayerischen Gebiet besetzt. Die Posten stehen auf kurze Weite von einander entfernt, und zwar längs des gesamten böhmisch-bayerischen Grenzgebietes.
Das serbische Ultimatum.
Wien, 14. Jan. Staatssekretär Dr. Bauer erklärte heute in einer von der sozialdemokratischen Partei veranstalteten Wahlversammlung, wie die Lokalkorrespondenz berichtet, daß das Ultimatum an Serbien jechmal neu entworfen worden sei, bis es das siebentemal neuen Text enthält, von dem man annehmen mußte, daß die Serben ihn nicht würden annehmen können. Es dürfte nie wieder geschehen, daß vier Herren, wie seinerzeit Berthold, Svirg, Tisza und Konrad, einen Krieg anzetteln könnten.
Soziale Aufgaben für den Friedenskongress.
Paris, 15. Jan. Die Gewerkschaften ließen dem Ministerräsidenten Clemenceau die Arbeiterforderungen für den Friedenskongress überreichen; Clemenceau nahm das Schriftstück entgegen mit dem Bemerkten, er wolle sich nicht binden, er sei aber bereit, zur Besprechung der sozialen Aufgaben des Kongresses, besonders des achtstündigen Arbeitstages und zur Bildung eines national-wirtschaftlichen Rates die interessierten Kreise heranzuziehen. Er stellte eine halbige Reform der Invalidenfürsorge und der Schutzmaßnahmen gegen Arbeitslosigkeit in Aussicht.
Der sozialistische Feindverband hat gegen die langsame Abstellung Einspruch erhoben.
Washington, 15. Jan. (Reuter.) Das Repräsentantenhaus hat die Vorlage zur Milderung der Hungersnot 100 Mill. Dollar mit großer Mehrheit angenommen. Man erwartet, daß auch der Senat die Bill bald annimmt.
Volschewisten überall.
Buenos Aires, 11. Jan. (Navas.) Die Lage wirkt wieder normal. Die Läden sind wieder eröffnet und die Bahnen nehmen den Betrieb wieder auf. 800 Heger sind verhaftet; 80 Prozent der Verhafteten sind Russen. Einige Widerpenftige wurden mit Laffos (Wursteinen) eingefangen.
Montevideo, 13. Jan. (Reuter.) Hier wurden 4 Russen verhaftet, die im Verdacht standen, Führer einer Verschwörung zu sein, die den Sturz der Regierung von Uruguay und Argentinien sowie die Errichtung einer Sowjetregierung zum Ziele hatte. 42 Mitschuldige werden noch gesucht.
Wir sind Großdeutsch gesinnt, weil wir die Vereinnung aller deutschen Stämme in einem Reiche anstreben. Wir sind aber nicht altdeutsch-reaktionär; und lehnen jede Vorherrschaft Preußens im künftigen Großdeutschland ab.
Deutsche demokratische Partei.
Zum 100. Geburtstag Karl Chr. Plauts.
Wie ist wohl die Gedankenwelt des großen schwäbischen Philosophen, dessen 100. Geburtstag seine Freunde heute in aller Stille feiern, aktueller gewesen, als gerade in unseren Tagen, wo der Zusammenbruch unseres staatslichen und wirtschaftlichen Systems uns erst so ganz den prophetischen Blick seines Geistes und die nationale Bedeutung seiner von hoher sittlicher Kraft getragenen Weltanschauung würdigen läßt. Wie sehr die Aufmerksamkeit aller denkenden Kreise auf die Probleme des „Vernunftstaats“ und des „Rechtsstaats“ gerichtet ist, haben eben wieder die Erörterungsabende bewiesen, die sich an den Vortrag seines Sohnes, Herrn Stadtpfarrer Plaut, im Rate geistiger Arbeiter angeschlossen haben. Eine einzigartige Gelegenheit, seinen Gedanken von der sozialen Verantwortlichkeit gegenüber der schrankenlosen Gewinnucht, vom Arbeitsrecht und der Berufspflicht einen Resonanzboden größten Umfangs zu geben, bietet sich den Verehrern des schwäbischen Denkers am nächsten Sonntag dar. Die Deutsche demokratische Partei hat es sich zur Ehre angeeignet, seine Tochter, Fräulein Mathilde Plaut, die unermüdbare Wortkämpferin seiner Ideen, an ausführender Stelle in ihren Wahlkreis vorzuschlagen aufzunehmen. Sie hat damit gezeigt, daß sie die Forderung der Stunde verstanden hat: geistige und sittliche Kräfte, wie sie zur Erneuerung unseres darniedergebrochenen Volksebens so bitter nötig sind, an die rechte Stelle zu bringen. In den Wählern und insbesondere den Wählerinnen ist es nun, dieser Abicht zum Siege zu verhelfen!
Krupp und die Kreise der Bürgerpartei.
D. G. Man schreibt uns: Mit größter Verbundenung vernimmt man, daß in den kürzeren Briefen d. h.

Angebot von Arbeitskräften.

Bei der unterzeichneten Stelle haben sich eine Anzahl
**Kaufleute, Tagelöhner,
Tagelöhnerinnen und Dienstmädchen**

als Stellenjuchende gemeldet.

Um diesen Leuten, welche durch die Kriegsfolge erwerbslos geworden sind, wieder einer regelmäßigen Beschäftigung zuzuführen, wird die Einwohnerschaft, insbesondere die Hotels, Gasthöfe, Hausbesitzer, Geschäftsinhaber und Betriebsunternehmer gebeten, ihren Bedarf an Arbeitskräften der Stadt-Fürsorgestelle für Erwerbslose (Gebäude des Lebensmittelamts) anzumelden.

Auch Angebote von Stellen kürzerer Dauer wären erwünscht.

Die Vermittlung ist **kostenlos**.

Wildbad, den 15. Januar 1919.

Stadt-Fürsorgestelle für Erwerbslose.

Anmeldungen auf

Brennholz,

(tannene Prügel 2. Kl.)

aus Stadtwald Regental, Abt. 8 Kirchweg
wollen innerhalb 8 Tagen bei den Anwaltämtern Sprollenhau-
haus, Nonnenmühl und bei der unterzeichneten Stelle gemacht
werden.

Wildbad, 16. Januar 1919.

Stadtpflege.

Fuss-Abstreifer

aus starkem Buchenholz, als Ersatz für Fußmatten,
empfiehlt per Stück Mk. 2.50 und Mk. 3.
Robert Treiber.

Schnellglanz-Putzpulver,

bestes Putzmittel für alle Metalle,
Paket 10 und 20 Pfg.,

Cremfarbe,

für Gardinen, Vorhänge, Spitzen u. s. w.,
Flasche 30 und 50 Pfg.,

vollkommenster Kochstärke-Ersatz,
Beutel 18 Pfg.,

Perplex,

sowie

**Mattsilber Ofenbronze,
Ofenschwärze, Möbelpolitur,
Gold- u. Silberbronze usw.**

empfiehlt

Drogerie Herm. Erdmann.

Einem Handkarren

sowie einen

Sportwagen

hat billig zu verkaufen.
Hermann Ruhn.

Echter

Lokebed Schnupftabak

100 gr. : 40, 1.50, 1.60
im Zigaretenspezialgeschäft
Ehr. Schmid u. Sohn.

Reißig-Besen

Wilhelm Rath.

Kautschuk-

Stempel

empfiehlt **G. W. Woff.**

Druck-Arbeiten jeder Art
liefert rasch und billig
B. Hofmannsche Buchdruckerei.

Wildbad, den 9. Januar 1919.



Todes-Anzeige

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß mein lieber treube-
sorgter Gatte unser Vater, Sohn, Bruder, Schwa-
ger und Onkel

Karl Horkheimer

an seinem schweren Leiden das er sich im Felde
zugezogen hat, im Alter von 34 1/2 Jahren durch
einen sanften Tod erlöst wurde

Um stille Teilnahme bittet,
im Namen aller trauernden Hinterbliebenen

Emilie Horkheimer, geb. Proß
mit ihren 6 Kindern.

Beerdigung Freitag Mittag halb 3 Uhr.

Württembergische Bürgerpartei

Oeffentliche Versammlung

für Frauen und Männer

am Donnerstag, 16. Januar abends 8 Uhr in der Turnhalle.

Redner: Herr Professor Weitzrecht.

Wir laden hierzu alle Wähler und Wählerinnen freundlichst ein.

Württembergische Bürgerpartei Wildbad.

Sozialdemokratische Partei Wildbad.

Oeffentliche Wähler- und Wählerinnen-Versammlung

am Freitag, den 17. Januar 1919 abends halb 8 Uhr in der Turnhalle

Tagesordnung: Das Ergebnis der Landeswahl und die bevorstehende Nationalwahl

Redner: Herr Gank, Fenerbach.

Alle Männer und Frauen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Sozialdemokratische Partei.